



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 446 / 2012

Kiel, Freitag, 16. November 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gesundheit / Kosten der EHEC-Krise, saisonale Impfstoffe

Anita Klahn: Vorsorge treffen, um Krisen zukünftig besser zu meistern

In ihrer Rede zu **TOP 33 und 34** (Kosten der EHEC-Krise übernehmen, saisonale Impfstoffe – Grippeimpfung) erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Dieses Parlament ist sich fraktionsübergreifend darüber einig, dass die diesjährige Gripeschutzimpfung in Schleswig-Holstein mehr als suboptimal gelaufen ist, weil der alleinige Lieferant erhebliche Produktionsprobleme hatte. Das Problem liegt nicht in den Rabattverträgen begründet, sondern im Produktionsausfall von Novartis. Wir haben dazu im Sozialausschuss einen ausführlichen Bericht erhalten. Für mich greift der Antrag der Regierung jedoch die Ergebnisse der Beratung zu wenig auf.

Die FDP-Landtagsfraktion kritisiert das Verhalten der Firma Novartis und die Vertragsgestaltung, die auch von den Krankenkassen zu verantworten ist. Hier hätten wir uns von den beteiligten Parteien tatsächlich mehr Vorsicht gewünscht. Das heißt jedoch nicht, dass die bundesgesetzliche Regelung falsch ist, die ja auch nur eine Kann-Regelung ist. In anderen Bundesländern hat die Gripeschutzimpfung trotz Rabattverträgen funktioniert.

Unser Fazit ist ein anderes: Falls auch im kommenden Jahr von Seiten der Kassen auf Rabattverträge zurückgegriffen wird, müssen entsprechende vertragliche Vorkehrungen getroffen werden. Das ist wichtig, damit die Versorgung der Patienten auch in dem Fall gesichert ist, dass es wieder zu Lieferengpässen kommt. Es ist daher immer ein ‚Plan B‘ vorzusehen, der auch vertraglich verankert werden muss.

Die Bewältigung der EHEC-Krise hat seinerzeit erhebliche personelle, räumliche und apparative Kapazitäten der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein in Anspruch genommen und wir alle sind dankbar für die in diesem Zusammenhang erbrachten Leistungen. Uns allen war und ist auch bewusst, dass dadurch erhebliche Kosten entstanden sind. Am 21. Juni 2011 teilte die AOK Nordwest mit, dass sie alle stationären Behandlungskosten ihrer Versicherten trägt. Zusammenfassend appellierte die Gesundheitsministerkonferenz im Juni 2011 an die Krankenkassen in allen Ländern, dass diese zu ihrer Verantwortung in dieser schwierigen Situation stehen und einheitlich lösungsorientiert mit den betroffenen Krankenhäusern verhandeln.

Die Antwort auf die von der FDP-Landtagsfraktion im Juni 2012 eingereichte Kleine Anfrage an die neue Landesregierung stellte klar, dass es nach § 11 des KHEntgG möglich sei, die nicht gedeckten Kosten des Vorjahres, also hier konkret durch die EHEC-Epidemie, im Rahmen der Budgetverhandlungen für das folgende Jahr geltend zu machen (Drucksache 18/65). Beispielsweise das Universitätsklinikum SH und auch die Inland-Kliniken (RD-Eck) haben jeweils Ausgleichszahlungen mit den Krankenkassen vereinbart.“